



## FÉDÉRATION DES ARTISANS

# Elementare Fragen der Gerechtigkeit.

Während der langen Wochen des Lockdowns gingen beim Verfasser dieser Zeilen viele Telefonanrufe und Emails von Seiten der Mitglieder der Fédération des Artisans ein. Die meisten dieser Kontaktaufnahmen waren sachlich gehalten, es ging darum, wie welche Probleme am besten zu lösen seien oder wo welche Hilfestellungen zu erhalten seien.

Andere wiederum waren regelrechte Hilferufe verzweifelter Handwerker und Selbstständiger, die nicht mehr ein noch aus wussten. Der wirtschaftliche Druck, die Sorgen um das Überleben des Unternehmens, das Verantwortungsgefühl gegenüber Mitarbeitern und Familie brachten viele Selbstständige an den Rand der Verzweiflung. Nun wird viel über psychischen Druck, Burn-out und seelische Krankheiten geredet und geschrieben, allerdings nie im Zusammenhang mit Selbstständigen. Doch zeigen viele Studien, dass insbesondere diese Kategorie oft besonders viel Druck ausgesetzt ist, und dass auch Selbstständige leiden.

Dieser Kategorie Hilfesuchender will die Fédération des Artisans durch die gezielte Zusammenarbeit mit einem in Arbeitspsychologie spezialisierten Beratungsunternehmen ein Hilfsangebot unterbreiten, damit aus Sorgen und Zweifeln keine seelische Krankheit wird. Erfahren Sie mehr über dieses Angebot ab Seite 52.

Viele der Anrufer und Emailschrreiber regten sich jedoch über die Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft auf. Wohl waren sie froh, dass es überhaupt Hilfen gab, insbesondere die Kurzarbeit für KMU kam gut an. Zugleich wurden jedoch immer wieder Missstände moniert, welche ihnen aufstießen.

Eine Ungerechtigkeit, welche ziemlich offensichtlich wurde, dann aber wieder von der politischen Agenda verschwand, weil sich kein Politiker und keine Partei der Sache anzunehmen schien, liegt in der Tatsache, dass Selbstständige zwar genau so viele Steuern und sogar das Doppelte an Sozialbeiträgen bezahlen, wie Arbeitnehmer, jedoch kein Anrecht auf Kurzarbeitergeld haben. Das, so die Erklärung von Arbeitsminister Dan Kersch, weil Kurzarbeit ein Instrument zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit sei, und der Selbstständige per Definition diesem Risiko nicht ausgesetzt sei. Das ist, mit Verlaub Herr Minister, vollkommen aus der Luft gegriffen! Wenn dem so sei, hätten Selbstständige kein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung,

was der Gesetzgeber allerdings seit langer Zeit zum Glück anders sieht. Es bestehen zwar andere Anwartschaftszeiten als beim Arbeitnehmer, doch das Recht auf Entschädigung besteht. Daneben ist es jedoch eine Frage elementarer Gerechtigkeit, auch Selbstständigen ein soziales Sicherungsnetz zu spannen, insbesondere da in dieser Kategorie anders als oftmals vermutet längst nicht nur Großverdiener und Börsenmagnate zu finden sind, sondern Bürger, die im Schnitt weniger als 5.000 Euro monatlich verdienen. So sieht nämlich die Realität aus, die Geschichte mit dem Ferrari in dem sie grinsend umherfahren ist totaler Quatsch! Also wäre es doch spätestens jetzt an der Zeit, hier für eine moderne Gesetzgebung zu sorgen, welche alle Sozialversicherten, egal ob selbstständig oder lohnabhängig Beschäftigter, gleichbehandelt und ihnen, ihren Beitragszahlungen entsprechende Leistungen garantiert.

**„Ein Zeichen der Zeit wäre es, endlich das Einheitsstatut zu finalisieren hin zu einem einheitlichen Beschäftigtenstatut.“**

Konkret heißt das: Einführung von Kurzarbeit auch für Selbstständige, Abschaffung der bestehenden Diskriminierungen im Bereich der Altersversicherung und bei der Arbeitslosenversicherung. Man kann nicht einerseits den Mangel an Unternehmergeist beklagen und zugleich über Jahre hinweg solche Diskriminierungen zu Ungunsten der Selbstständigen hinnehmen!

Viele Anrufer ereiferten sich über die Tatsache, dass diejenigen Mitarbeiter, welche Kinder haben, im Sonderurlaub aus familiären Gründen verschwinden, andere wiederum kurz und knapp einen Krankenschein einreichen, während die loyalen Kollegen Kurzarbeit leisteten. Das Problem? Krankenschein und Familienurlaub werden zu 100%, Kurzarbeit zu 80% entlohnt. Das Hochschnellen der Krankheitsfälle gleich zu Anfang des Lockdowns spricht eine überdeutliche Sprache. Die Ehrlichen sind die Dummen, sogar mit staatlichem Segen! Das Handwerk ist und bleibt der Meinung, dass Nicht-Arbeit, egal in welcher Form und unter welchem Statut, generell zu 80% entlohnt werden soll. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit!



Noch mehr Anrufer regten sich darüber auf, dass es doch, gelinde gesagt, eine Riesen-Sauerei ist, wenn Arbeitnehmer im Privatbetrieb in Kurzarbeit nur 80% Lohnausgleich erhalten, während beim öffentlichen Dienst aus dem gleichen Topf 100% Löhne weitergezahlt werden mit dem Argument, dass es dort keine Kurzarbeit gebe.

Es ist wohl wahr, dass viele Beamte während dem Lockdown Großes, einige fast Übermenschliches geleistet haben. Das gilt jedoch auch für viele Beschäftigte aus dem Privatsektor.

Es ist allerdings genau so wahr, dass viele Ämter und öffentliche Gebäude wegen dem Virus geschlossen waren, und die Beschäftigten kurzerhand zu Hause bleiben mussten. Genau wie im Privatsektor. Nur dass dies im öffentlichen Dienst verniedlichend „Dispens“ genannt wird, und nicht Kurzarbeit. Oder haben Bademeister leere Schwimmbecken überwacht, und Krankenkassenmitarbeiter ihre Schalter besetzt und das Licht eingeschaltet, nur um da zu sein? Nein, sie waren dispensiert. Bei vollem Gehalt. Bezahlt von den Steuern, die der Privatsektor erwirtschaftet hat.

Ist das gerecht? Um es gleich vorweg zu nehmen: die Antwort auf dieses Problem kann nicht lauten, dass der Privatsektor dann eben kurz mal „sein“ Kurzarbeitergeld auf 100% erhöhen soll... Das eigentliche Problem ist der öffentliche Dienst hierzulande, welcher mit seinen Privilegien und seinem Lohngefüge den Privatsektor, und nicht nur das Handwerk, in ernste Probleme bringt. Wie ist beispielsweise zu erklären und vor allem zu begründen, dass ein Universitätsabsolvent auf dem Finanzplatz – immerhin bislang der hiesige

Spitzensektor – knapp 4.700 Euro monatlich bezieht, während er beim Staat 6.500 Euro erhält. Wieso gibt es beim staatlichen Pensionsbezieher keine Beitragsbemessung auf 5-mal Mindestlohn? Weshalb hat der Staat keine Pensionskasse? Und keine Pensionsreserven, als gäbe es kein Morgen? Weshalb gibt es im 21. Jahrhundert überhaupt noch ein Beamtenstatut? Ein Zeichen der Zeit wäre es, endlich das Einheitsstatut zu finalisieren hin zu einem einheitlichen Beschäftigtenstatut.

Wer einmal versucht hat, das Beamtenstatut zu entziffern, wird schnell an seinem Verstand zweifeln. Auf hunderten von Seiten wird hier der Fisch ertränkt, damit bloß keiner verstehen soll, was das alles heißt. Darum hier eine kurze Erklärung: es ist überall mehr, es ist überall besser, aber keiner soll es merken. Es wäre sicher nützlich, das alles zu entschlüsseln, und werden anschließend der staunenden Leserschaft in ganzseitigen Anzeigen erklären, was Punkte, Punktwert, Karrieren und Automatismen konkret bedeuten. Vielleicht öffnet das ja auch der Politik die Augen, dass es auch noch andere Wähler als Beamte gibt.



Fédération des Artisans  
r.schmit@fda.lu  
Generalsekretär  
+352 42 45 11 - 26



## FÉDÉRATION DES ARTISANS

# Questions élémentaires de justice.

Pendant les longues semaines de fermeture, l'auteur de ces lignes a reçu de nombreux appels téléphoniques et courriels de membres de la Fédération des Artisans. La plupart de ces contacts étaient factuels, portant sur la meilleure façon de résoudre tel ou tel problème ou sur les différentes mesures d'aides.

D'autres étaient de véritables appels à l'aide lancés par des artisans et des indépendants désespérés qui ne savaient plus quoi faire. La pression économique, les inquiétudes quant à la survie de l'entreprise, le sens des responsabilités envers les salariés et leur famille ont poussé de nombreux indépendants au bord du désespoir. Aujourd'hui, on parle et on écrit beaucoup sur la pression psychologique, l'épuisement professionnel et les séquelles mentales, mais jamais en rapport avec les indépendants. Cependant, de nombreuses études montrent que cette catégorie est souvent soumise à des pressions particulièrement lourdes.

La Fédération des Artisans veut offrir une aide à cette catégorie de personnes en coopérant avec un cabinet de conseil spécialisé en psychologie du travail, afin que les inquiétudes et les doutes ne se transforment pas en une condition médicale. Pour en savoir plus sur cette offre, consultez la page 52.

Cependant, beaucoup d'artisans qui se sont manifestés se sont révoltés des injustices devenues particulièrement apparentes en temps de crise. Ils étaient certes soulagés de pouvoir bénéficier d'une aide, en particulier du chômage partiel qui a été bien accueilli. Mais en même temps, ils se sont plaints des inégalités qu'ils ont rencontrées.

Une de ces différences de traitement, qui est devenue assez évidente mais qui a ensuite disparu de l'agenda politique est le fait que les indépendants paient autant d'impôts et même deux fois plus de cotisations de sécurité sociale que les salariés, mais n'ont pas droit aux prestations de chômage partiel. Selon le ministre du travail Dan Kersch cela s'explique par le fait que le chômage partiel est un instrument permettant d'éviter le chômage et que les indépendants ne sont par définition pas exposés à ce risque. Si je puis me permettre, Monsieur le Ministre, c'est complètement hors de propos! Si tel était le cas, les travailleurs indépendants n'auraient pas droit aux allocations de chômage, ce que le législateur a heureusement changé depuis longtemps. Il existe des périodes de carences différentes de celles des salariés, mais

le droit à une indemnisation existe. Il devrait être une priorité de notre système social que nous apprécions tant de doter les indépendants d'un filet de sécurité sociale identique à celui des salariés, d'autant plus que, contrairement à ce que l'on suppose souvent, ce ne sont pas seulement les gros salaires et les magnats de la bourse qui font partie de cette catégorie mais aussi des assurés qui gagnent moins de 5 000 euros par mois en moyenne. L'histoire des indépendants qui roulent en Ferrari en souriant est totalement absurde! Il serait donc temps de mettre en place une législation moderne qui traite tous les assurés de la sécurité sociale de la même manière, qu'ils soient indépendants ou salariés, et leur garantisse des prestations en fonction de leurs cotisations.

Concrètement, cela signifie : l'introduction du chômage partiel pour les indépendants, l'abolition des discriminations existantes dans le domaine de l'assurance vieillesse et de l'assurance chômage. Nous ne pouvons pas nous plaindre d'un manque d'esprit d'entreprise d'une part et en même temps continuer à accepter une telle discrimination à l'encontre des indépendants!

**« Pourquoi existe-t-il encore un statut pour les fonctionnaires au XXI<sup>e</sup> siècle? Le temps ne serait-il pas venu de créer un vrai statut unique pour tous les salariés. »**

De nombreux interlocuteurs ont souligné le fait que les employés ayant des enfants à charge ont profité du congé spécial pour raisons familiales, tandis que d'autres ont posé des congés de maladie, alors qu'encre d'autres ont continué leur travail interrompu de périodes de chômage partiel. Ce qui est problématique est que le certificat de maladie et le congé familial sont payés à 100 % alors que les salariés en chômage partiel ne touchent que 80 % de leur salaire. Pas étonnant que les arrêts maladie ont quasiment explosé dès le début du confinement. Les plus honnêtes sont les plus stupides, même avec l'aval du gouvernement ! L'artisanat est et reste d'avis que le non-travail, quel que soit sa forme et son statut, devrait généralement être rémunéré à 80 %. C'est une question d'équité sociale!



Un nombre encore plus important d'artisans ont été contrariés par le fait que leurs salariés n'ont reçu que 80 % de compensation salariale en cas de chômage partiel, alors que dans le secteur public les salaires étaient continués à hauteur de 100 % avec l'argument que ce secteur ne tombait pas sous le régime du chômage partiel.

Il est vrai que pendant le confinement, de nombreux fonctionnaires ont fourni des efforts très considérables. Mais il en va de même pour de nombreux employés du secteur privé.

Mais il est tout aussi vrai que de nombreuses administrations et services publics ont été fermés pour raisons sanitaires et que les employés ont dû rester chez eux. Tout comme dans le secteur privé. Sauf que dans le secteur public les fonctionnaires et employés publics étaient « dispensés » et non mis au chômage partiel comme les salariés du secteur privé, le tout payé à partir des impôts générés par le secteur privé. Est-ce juste? Pour parler franchement : la réponse à ce problème ne peut pas être que le secteur privé augmente « son » indemnité de chômage partiel à 100%. ...

Le vrai problème est le traitement politique de la fonction publique, qui, avec ses privilèges et sa structure salariale, met le secteur privé, et pas seulement l'artisanat, dans de sérieux ennuis. Comment expliquer et surtout justifier, par exemple, qu'un jeune diplômé universitaire de la place financière (secteur le plus productif de notre économie) reçoive un peu

moins de 4 700 euros par mois, alors que le même diplômé est gratifié de 6 500 euros s'il travaille pour l'État?

Pourquoi n'y a-t-il pas de plafond de cotisation limité à cinq fois le salaire minimum pour les retraites de l'État? Pourquoi l'État ne dispose-t-il pas d'un fonds de pension, donc pas de réserves pour les retraites, comme s'il n'y avait pas de lendemain? Pourquoi existe-t-il encore un statut pour les fonctionnaires au XXI<sup>e</sup> siècle? Le temps ne serait-il pas venu de créer un vrai statut unique pour tous les salariés ?

Quiconque qui a déjà essayé de déchiffrer le statut des fonctionnaires doutera bientôt de sa santé mentale. Les poissons sont noyés ici dans des centaines de pages afin que personne ne prenne toute la mesure des avantages de ce statut. Il serait utile de déchiffrer tout cela pour expliquer aux lecteurs dans des annonces pleine page ce que signifient réellement les points indiciaires, les carrières et les automatisés. Peut-être que cela ouvrira aussi les yeux des politiciens sur le fait qu'il y a aussi d'autres électeurs que les fonctionnaires.



Fédération des Artisans  
r.schmit@fda.lu  
Secrétaire général  
+352 42 45 11 - 26